



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Martina Fehlner, Ruth Müller, Florian von Brunn, Margit Wild, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann SPD**

Kein Freihandel zu Lasten von Umwelt, Klima und Menschenrechten: Mercosur-Abkommen neu starten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Eine zukunftsweisende Handelspolitik ist auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet, die die Zukunftsfragen der Menschheit wie den Klimaschutz, die Erhaltung der Biodiversität und den Schutz von Freiheits- und Grundrechten verstärkt ins Zentrum rückt. Das Mercosur-Assoziierungsabkommen der Europäischen Union (EU) und den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay) ist in der vorliegenden Form nicht zu ratifizieren, da der Handelsvertrag keine ausreichenden Instrumente enthält, um Verstöße gegen die UN-Nachhaltigkeitsagenda und das Pariser Klimaabkommen wirkungsvoll zu sanktionieren.

Die Staatsregierung wird aufgerufen, auf Bundes- und europäischer Ebene in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, die EU-Handelspolitik neu auszurichten und künftige Freihandelsabkommen ökologisch nachhaltig und sozial gerecht zu gestalten.

Die Verhandlungen zur Ratifizierung des Mercosur-Handelsabkommens sollen erst fortgesetzt werden, wenn Menschenrechte, geltende EU-Standards im Klima-, Umwelt-, und Verbraucherschutz rechtlich verankert und sanktionsbewehrt sind.

Konkret bedeutet das im Einzelnen:

- Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens (u. a. keine Ausweitung von Weide- und Anbauflächen durch Abholzung des Regenwaldes)
- Stärkung und effektive Durchsetzung der Menschenrechtsklausel, u. a. Einführung von Monitoring- und Beschwerdeinstanzen für alle Stakeholder sowie wirkungsvolle Sanktionsmaßnahmen
- rechtliche Verankerung der ILO (Internationale Arbeitsorganisation)-Kernarbeitsnormen
- rechtliche Verankerung auf Schutz von Betroffenen vor Landnahme und Vertreibungen
- Einhaltung und Durchsetzung des EU-Vorsorgeprinzips
- Festlegung von Standards für Tierhaltung und Umweltschutz für den transatlantischen Lebensmittelhandel (u. a. keine Absenkung von oder Verzicht auf Importkontrollen)

Begründung:

Am 7. Oktober 2020 hat sich das EU-Parlament – rechtlich noch nicht bindend – im Rahmen des Jahresberichts zur gemeinsamen Handelspolitik der EU im Jahr 2018 „zutiefst besorgt über die Umweltpolitik (des brasilianischen Präsidenten) Jair Bolsonaro“ gegen eine rasche Ratifizierung des Mercosur-Freihandelsabkommen ausgesprochen. Davor hatten bereits einige nationale und regionale Parlamente das Freihandelsabkommen in seiner jetzigen Form abgelehnt. Selbst die Bundesregierung, die den Abschluss des Abkommens jahrelang energisch verfolgt hatte, zeigte sich zuletzt skeptisch, ob dessen Umsetzung derzeit machbar ist. Bevor der Vertrag in Kraft treten kann, muss er von allen EU-Mitgliedstaaten und vom Europäischen Parlament ratifiziert werden.

Umwelt- und Verbraucherschützerinnen und -schützer mahnen vor den sozialen und ökologischen Risiken bei Abschluss des EU-Mercosur-Abkommens bei derzeitigem Stand des Verhandlungstextes. Sie befürchten, dass damit größere Hindernisse bei der Durchsetzung von Standards zum Schutz der Umwelt, der Gesundheit und der Menschenrechte aufgebaut werden. Schon heute führen der Soja-Anbau sowie das Wachstum der Rinderherden beispielsweise in Brasilien zu massiver Abholzung und dramatischen Waldbränden im Amazonasgebiet, Landkonflikten und einer Verschärfung der Klimakrise. Europäische Landwirte befürchten darüber hinaus unfaire Konkurrenz durch südamerikanische Agrarkonzerne.

Eine erste offizielle Folgenabschätzung der London School of Economics zeigt: Profitieren würden vor allem südamerikanische Fleischproduzenten. Da Rinder, Zucker- und Soja-Plantagen große Landflächen beanspruchen, könnte das Abkommen die Vernichtung des Regenwalds weiter begünstigen.

Prinzipiell würde ein robustes EU-Mercosur-Handelsabkommen ein starkes Zeichen für den Multilateralismus setzen und in Zeiten von Handelskriegen dem Protektionismus ein kooperatives Modell der internationalen Handelsbeziehungen entgegensetzen. Zölle und Handelsschranken abzubauen, ist grundsätzlich sinnvoll. Davon profitiert der Welthandel. Dies kann mit einer Hebung der Lebensverhältnisse von vielen Menschen verbunden sein.